

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten um Veröffentlichung der nachstehenden Pressemitteilung.

NGZ vom 19.08.2017: Piratin geht zur SPD, Linke und FBG vereint

Es passiert zum Glück nicht oft, aber manche Ereignisse im Rat der Stadt Grevenbroich lassen mich sprachlos zurück, so die Fraktionsvorsitzende der Wähleralternative „Mein Grevenbroich“.

Ratsfrau Schäfer verlässt die Piratenpartei und entscheidet sich für eine Mitgliedschaft in der SPD. Das ist absolut in Ordnung. Konsequenter wäre allerdings gewesen, wenn sie mit ihrem Austritt aus der Piratenpartei ihr Ratsmandat an die Piraten zurückgegeben hätte. Schließlich hat sie bei der Kommunalwahl im Jahr 2014 ihren Wahlkreis als Kandidatin nicht direkt gewonnen, sondern ist über die Reserveliste der Piraten in den Rat eingezogen. Die Partei hatte seinerzeit die entsprechende Zustimmung, nicht aber die Kandidatin. Das Ratsmandat jetzt für die SPD weiterzuführen, hat ein ziemlich bitteres Geschmäckle, der Wählerwille scheint keinerlei Bedeutung zu haben.

Ein noch katastrophaleres Bild liefern hingegen die Partei Die Linke und die Freien Bürger Grevenbroich. Durch das Ausscheiden von Frau Schäfer hat die Linke ihren Fraktionsstatus verloren, und Herr Rogel-Obermann seine Funktion als Vorsitzender mitsamt seiner der Funktion entsprechenden, höheren Aufwandsentschädigung. Folglich muss schnellstens ein anderer „Partner“ her, notfalls derjenige, mit dem man zuvor im Streit auseinandergegangen ist.

Bisher konnten wir in der zurückliegenden Zeit nach der Kommunalwahl keine Übereinstimmungen oder den Ansatz einer irgendwie gearteten Zusammenarbeit der Fraktion die Linke/Piraten und der FBG erkennen, jetzt haben sie sich die beiden spontan wieder lieb und bilden eine neue Fraktion, Fraktionsvorsitz, höhere Aufwandsentschädigung und Fraktionszuwendungen gerettet.

Fraglich ist auch, wie Ratsherr Bovermann, der in diesem Jahr an noch keiner Sitzung des Rates auch nicht an den Haushaltsberatungen teilgenommen hat, seinem Wählerauftrag und der Arbeit in einer Fraktionsgemeinschaft nachkommen will. Auch er bezieht trotz seines Fernbleibens von den Sitzungen eine monatliche Aufwandsentschädigung von € 290,30 / Monat.

Wir dürfen uns nicht wundern, wenn die Bürger den Politikern Abzocke nachsagt. Leider trifft ein solches Urteil auch immer die engagierten Politiker, die viel Freizeit in ihre Arbeit investieren und versuchen für die Stadt das Beste zu erreichen. Deshalb sind wir über die aktuellen Entwicklungen im Rat der Stadt mehr als verärgert und erwarten, dass die Verwaltung prüft, inwieweit hier eingegriffen werden kann.

Wir bedanken uns für Ihre redaktionelle Berücksichtigung.

Bei Rückfragen stehe ich Ihnen gerne persönlich zur Verfügung: 0171-5221149

Mit freundlichen Grüßen



Martina Suermann
Fraktionsvorsitzende